

Medienmitteilung

Thema: «Grünliberale fordern zeitgemässe Rahmenbedingungen für das Taxigewerbe»

Für Rückfragen	Guido Trevisan, Mitglied SK PD/V Isabel Garcia, Fraktionspräsidentin	+41 76 477 77 77 +41 79 652 85 19
----------------	---	--------------------------------------

Absender	Grünliberale Fraktion Stadt Zürich info.zurich@grunliberale.ch www.zurich.grunliberale.ch
----------	--

Datum	7. September 2016
-------	-------------------

Grünliberale fordern zeitgemässe Rahmenbedingungen für das Taxigewerbe

Die GLP-Fraktion im Zürcher Gemeinderat hat heute eine Motion eingereicht, die den Stadtrat auffordert, die Taxiverordnung aufzuheben und in Zukunft nur noch die Bewirtschaftung der Taxistandplätze zu regeln. Die Beweggründe für diese Forderung sind wie folgt:

- Die heutige kleinräumige Regulierung auf Gemeindeebene ist aus Sicht der GLP nicht mehr zeitgemäss. Zudem sind wesentliche Aspekte des Taxiwesens wie die Zulassung von Fahrzeugen zum Strassenverkehr, die Arbeits- und Ruhezeiten von BerufsfahrerInnen sowie die Personenbeförderung als solche bereits auf nationaler Ebene geregelt. Darüber hinaus plant der Kanton die Rechte und Pflichten der Marktteilnehmer zu regeln. Anstelle von Überregulierungen zwischen den staatlichen Ebenen, sollen adäquate Rahmenbedingungen für die sich wandelnde urbane Mobilität geschaffen werden.
- Fixe Tarifordnungen, standespolitische Massnahmen zur Sicherung von eigenen wirtschaftlichen Interessen sowie geografische Einschränkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit stehen in klarem Gegensatz zu den von der GLP hoch gehaltenen Maximen der Wirtschaftsfreiheit. Dienten solche staatlichen Eingriffe früher primär dem Schutz der KonsumentInnen, nutzen sie heute vor allem den etablierten Taxiunternehmen. Sie sind somit nicht nur wettbewerbs- sondern auch verbraucherfeindlich.
- Das Taxigewerbe und damit die KonsumentInnen sollen von innovativen Entwicklungen, neuen technologischen Möglichkeiten und Konzepten im Bereich moderne Mobilität profitieren können – und dürfen nicht durch protektionistische Massnahmen davon ausgeschlossen werden. Ein Mindestmass an Regulierung ist auch in Zukunft unerlässlich. Ein Festhalten an einer Taxiverordnung, welche die sich wandelnden Mobilitätsbedürfnisse nicht wahrnimmt und die Taxifahrer selbst kaum zu schützen vermag, ist aber die falsche Antwort auf die durch die Digitalisierung ausgelösten Veränderungen.